

Dr. Hans C. Atzpodien, Hauptgeschäftsführer

Rückblick und Ausblick der dt. Sicherheits- und Verteidigungsindustrie zum Jahreswechsel 2021/2022

Leider mussten wir uns im Jahr 2021 weiterhin mit Einschränkungen aufgrund der Covid-19-Pandemie herumschlagen. Das Gute war jedoch, dass man damit bereits 2020 umzugehen gelernt hatte und die Geschäftsabläufe im Bereich unserer Unternehmen darunter kaum mehr gelitten haben. Umso wichtiger erscheint es, dass mit neuen Mutanten nicht Rückschläge kommen, die erneut zu fühlbaren und auch das Geschäft beeinträchtigenden Auswirkungen führen.

Das Jahr 2021 war darüber hinaus im politischen Bereich durch die Bundestagswahl im September bestimmt, die mit dem Wahlkampf vorweg und der Regierungsbildungsphase danach eine ungewöhnliche lange Zeit der politischen Lethargie mit sich brachte. Gut war jedoch, dass noch unmittelbar vor der Sommerpause entscheidende Budget-Erhöhlungen im Haushaltstitel des Bundesverteidigungsministeriums unter Dach und Fach gebracht werden konnten, die für einige unserer Mitgliedsunternehmen die Auftragsbücher füllen halfen.

Dabei stellt sich jedoch sofort die Frage, wie es mit den Beschaffungsprozessen aussieht. Hier sind wir im Jahr 2021 in unseren Diskussionen mit dem BAAINBw – ohne Frage auch wegen der Corona-Einschränkungen – nur bedingt weitergekommen. Bei der Standardisierung von Vertragsbedingungen für mehr als 10.000 Kleinverträge, die das BAAINBw im Jahr abschließt, ist das finale Ziel eines quasi blind zu akzeptierenden Vertragsmusters immer noch nicht erreicht. Auch bei anderen Fragen wie der funktionalen Vergabe, der Nutzung von Art. 346 für Schlüsseltechnologie-Beschaffungen, der Innovationspartnerschaft, den Performance-based-Logistics etc. bleibt noch immer Raum für Verbesserungen, die letztlich gar nicht in erster Linie der Industrie, sondern der Effizienz der Beschaffungsabläufe zugutekommen sollen.

In Sachen Europa wurden im Jahr 2021 die Vorbereitungen für die Implementierung des „European Defence Fund“ (EDF) weitergeführt. Das BMVg musste sich hierbei zunächst intern „sortieren“, wurde dabei aber nicht zum „Fan“ dieses Förderprogramms, sondern schien deutlich mehr auf bi- oder trilaterale Kooperationsprojekte zu setzen, was für das eine oder andere Mitgliedsunternehmen zunächst ein wenig enttäuschend war. Im Endeffekt gab es dann doch ein bisschen mehr BMVg-Unterstützung als zunächst erwartet werden konnte. Der „Wermuthstropfen“ dabei war jedoch, dass alle finanziellen Mittel des BMVg zur Unterstützung von EDF-Projekten immer nur zu Lasten des

bestehenden F&T-Budgets zu regeln sind, welches aus Industrie-Sicht ohnehin schon mehr als knapp bemessen ist.

Positiv zu bewerten ist, dass über das gesamte Jahr hinweg der Industriedialog mit dem BMVg einigermaßen planmäßig fortgeführt und auch zu Ergebnissen gebracht werden konnte (so z.B. auch im Bereich des Gesprächskreises Cyber/IT oder im Bereich Nachhaltigkeit).

Auch konnte der BDSV ab Herbst 2021 seinen Mitgliedern wieder größere Präsenzveranstaltungen anbieten (Thementag am 01.09. und 3. Konvent zur Digitalen Konvergenz am 26.10.2021). Daneben liefen die virtuellen Formate – wie insbesondere der bewährte BDSV#Webtalk - unverändert über das gesamte Jahr hinweg weiter.

Der Blick auf das neue Jahr 2022 ist vor allem wegen der Corona-Lage wiederum ungewiss. Hinzu kommen viele neue Akteure in der Bundespolitik, in der Bundesregierung und im BMVg sowie im BMI. Es gibt also viel zu tun, um die neu im Bereich Sicherheit und Verteidigung tätigen Abgeordneten, aber auch die neue Hausleitung des BMVg mit unseren Themen und Empfehlungen vertraut zu machen. Absehbar wird es im Rahmen der „Ampel“-Regierung zu manch anderen Rahmensetzungen für unsere Industrie kommen (so zum Beispiel im Bereich des Rüstungsexports). Auch hierüber wollen wir mit der neuen Regierung bald ins Gespräch kommen.

Zuletzt sei noch einmal auf unser gesellschaftspolitisches Mega-Thema hingewiesen, das uns sicherlich auch während des gesamten Jahres 2022 vollauf beschäftigen wird: Gemeint ist die Frage, wie unsere Gesellschaft sowohl national wie auch europäisch mit dem Verhältnis zwischen Sicherheit und Verteidigung einerseits und Nachhaltigkeit andererseits umgehen wird.

Aus unserer Sicht besteht hier eigentlich überhaupt keine Antinomie: Sicherheit, Frieden und Freiheit lassen sich nur aufrechterhalten, sofern wir abwehrbereit sowie verteidigungs- und bündnisfähig aufgestellt sind. Sicherheit, Frieden und Freiheit sind aber zugleich unerlässliche Grundlagen für die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen im Interesse künftiger Generationen und aller daran anknüpfenden Nachhaltigkeitspostulate. „Ohne Sicherheit = keine Nachhaltigkeit“ ist die sehr einfache und einleuchtende Wechselbeziehung. Dennoch sehen unsere staatlichen Akteure national wie auf der EU-Ebene zu, wie z.B. der private Finanzsektor die Dinge für sich komplett anders gestaltet: Dort haben industrielle Aktivitäten im Bereich der Rüstung, auch wenn sie direkt der Erhaltung unserer Sicherheit, unseres Friedens und unserer Freiheit dienen, zunehmend keine Chance auf Akzeptanz mehr. Banken und Investmentfonds setzen alles, was mit der Ausrüstung

unserer Streitkräfte und Sicherheitsorgane zu tun hat, zunehmend auf eine „schwarze Liste“ und entziehen damit unserer Industrie vor allem im Mittelstand mehr und mehr den finanziellen Boden.

Diese Entwicklung ist mehr als besorgniserregend. Wenn unsere Regierungen und die EU-Kommission dieser Entwicklung ohne Gegenmaßnahmen zusehen, wird es bald in weiten Teilen Europas keine leistungsfähige Sicherheits- und Verteidigungsindustrie mehr geben, obwohl die EU angesichts steigender Bedrohungen gerade zu mehr Resilienz und Abwehrbereitschaft – auch technologisch-industriell – aufruft. Hier passen Dinge nicht zusammen, die im Jahr 2022 dringend in den richtigen Zusammenhang gerückt werden müssen! Denn:



SICHERHEIT IST DIE MUTTER ALLER NACHHALTIGKEIT